

über Abteilungsleitung: 66.3 Tiefbau- und Grünflächenamt/Abteilung Verwaltung, Bau und Unterhaltung von Hafenanlagen und Brücken

24.02.2026, Herr Lubs

über Amtsleitung: 66 Tiefbau- und Grünflächenamt

24.02.2026, Herr Schick

über Abteilungsleitung: 32.4 Amt für Bürgerservice und Brandschutz/Abteilung Brandschutz

16.02.26 Mathias Herenz

über Amtsleitung: 32 Amt für Bürgerservice und Brandschutz

18.02.26 Steffen Winckler

über Dezernat II: Herrn Lerm

24.02.2026 Lerm

über 06 Teilnehmungsmanagement und Controlling: Fr. Willert

24.02.2026/FW

über Oberbürgermeister: Herrn Dr. Fassbinder

25.02.2026, Fassbinder

Kanzlei der Bürgerschaft

26.02.2026 JD

An

- . die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung
- . alle Fraktionen der Bürgerschaft (zu TOP 9.4 und TOP 9.5)

Betreff: Niederschrift vom 21.01.2026, TOP 9.4, TOP 9.5 und TOP 10

Beantwortung erfolgt:	öffentlich <input checked="" type="checkbox"/>	nichtöffentlich <input type="checkbox"/>
------------------------------	--	--

Sachstand zur BV-V/08/0253 Überplanmäßige Ausgabe Seehafen Ladebow

Allgemein: Zu der genannten Vorlage wurden im ALLRIS zwei weitere Anlagen zur Veranschaulichung ergänzt. Darin sind der geplante Bau der Ersatzspundwand sowie des Beckens als Voraussetzung für die Nutzung einer Travel-Lift-Anlage dargestellt. Die Finanzierung und der Betrieb des Travel-Lifts als technische Anlage obliegen den Yachtbauern und Yachtausrüstern. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt erfolgt nicht.

Förderung: Das Wirtschaftsministerium M-V hat der Stadt schriftlich mitgeteilt, dass die zugesagte Förderquote in Höhe von 75 % aufrechterhalten bleibt. Ein entsprechender Fördermittelbescheid liegt jedoch noch nicht vor.

Voraussetzung für die Förderung von Uferbefestigungen – hier in Form einer Spundwand – ist die Herstellung infrastruktureller Verbesserungen der Nutzungsmöglichkeiten. Diese Voraussetzung ist durch das vorgesehene Becken erfüllt und wurde vom Fördermittelgeber entsprechend anerkannt.

Rückerstattungen, Schadenersatz: Die Stadt hat den Betrieb des Hafens an die Hafen- und Lagergesellschaft Greifswald (HLG) übertragen. Es kann diesseits nicht eingeschätzt werden, in welcher Höhe Forderungen der HLG im Falle einer Kündigung des Vertrages durch die Stadt geltend gemacht würden.

Sollte der Hafen weiterhin gesperrt bleiben, wäre eine zukünftige Nutzung – unabhängig von deren Ausgestaltung – nicht möglich. Ob zu einem späteren Zeitpunkt unter veränderten Voraussetzungen eine Förderung durch das Land M-V erneut möglich wäre, ist nicht geprüft.

Sachstand zur BV-P-ö/08/0192-01 Stopp und erneute Prüfung des Wanderweg-Projekts an der Dänischen Wiek

Allgemein: Diese Wegebeziehung ist Bestandteil des Masterplans „Stadtteile an der Küste“. Auf dieser Grundlage wurde die Planung vorangetrieben. Basis der Planungen sind die jeweiligen Leistungsphasen (nachfolgend Lph) nach der HOAI. Die Lph 3 (Entwurfsplanung) wurde dem zuständigen Fachausschuss der Stadt vorgestellt und von diesem positiv votiert. Im Anschluss wurde die Lph 4 beauftragt. Diese beinhaltet die Beteiligung der zuständigen Behörden (beispielsweise der Unteren Naturschutzbehörde und des StALU VP). Die beteiligten Behörden beziehen ihrerseits alle erforderlichen Verbände ein.

Die Untere Naturschutzbehörde hat die ursprünglich dem Fachausschuss vorgestellte Planung inzwischen abgelehnt. Hauptargument war der Eingriff in das dortige Vogelschutzgebiet. Eine Heilung durch Anpassung oder Änderung der eingereichten Planung bei gleichzeitiger Beibehaltung der Wegeführung ist aus Sicht der Verwaltung nicht möglich. Die Verwaltung versucht eine neue, stark reduzierte Variante zu entwickeln.

Die dargestellte Vorgehensweise hinsichtlich der Planung und der Planungsphasen entsprechend deren definierten Inhalten entspricht der Verwaltungspraxis und wird bei allen anderen Neu- und Ausbaumaßnahmen in gleicher Weise umgesetzt.

Wohnmobile auf öffentlichen Parkplätzen

Es wird auf die Beantwortung zur Niederschrift der Sitzung am [24.09.2025, TOP 12](#) verwiesen.

Abläufe bei technischen Ausfällen der Fernwärmeversorgung

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald betreibt fortlaufend eine umfassende Krisenvorsorgeplanung für eine Vielzahl möglicher Schadensszenarien. Diese umfasst die Vorbereitung notwendiger Maßnahmen zur Schadensminimierung sowie die Planung erforderlicher Unterstützungsleistungen. Ein entsprechendes Szenario ist auch ein lokaler Ausfall der Fernwärmeversorgung im Stadtgebiet.

Im Zuge der Vorsorgeplanungen im Zusammenhang mit der ab 2022 befürchteten Energiemangel-lage wurden die bestehenden Konzepte überprüft und sowohl die operativen Maßnahmen als auch die Krisenkommunikation erneut mit der Stadtwerke Greifswald GmbH (nachfolgend SWG) abgestimmt. In diese Abstimmungen ist die Feuerwehr Greifswald intensiv eingebunden.

Kurz nach Feststellung der Störung wurde die Stadt – hier vertreten durch den Leiter der Feuerwehr – durch die SWG telefonisch informiert. Im Rahmen einer laufenden einsatzbezogenen Lageberatung der Feuerwehr wurde die Information an den zuständigen Amtsleiter sowie an den Leiter des Krisenstabes weitergeleitet. Auf Grundlage der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Erkenntnisse wurde eine Aktivierung des Krisenstabes zunächst nicht als erforderlich bewertet; die Verwaltungsspitze wurde entsprechend unterrichtet.

Für den Fall einer nicht zeitnah möglichen Wiederherstellung der Fernwärmeversorgung wurden vorsorglich flankierende Maßnahmen eingeleitet. Hierzu zählten die Vorbereitung der Öffentlich-

keitsarbeit zum Ausfall, die Planung einer möglichen Inbetriebnahme einer Notunterkunft (Wärmeinsel) sowie Erkundungsmaßnahmen vor Ort. Im weiteren Verlauf wurde eine erneute gemeinsame Lagebewertung mit der SWG vereinbart. Diese war aufgrund der zwischenzeitlichen provisorischen Sicherung der Schadstelle und der damit verbundenen Wiederherstellung der Fernwärmeversorgung nicht mehr erforderlich. Bei einem längeren Anhalten der Störung wären die vorbereiteten Unterstützungsmaßnahmen – insbesondere die Bereitstellung einer notstrom- und notwärmeversorgten Unterkunft – umgesetzt worden.

Der Ausfall der Fernwärme stellt einen Zustand dar, welcher zu erheblichen Einschränkungen in der Nutzung von Gebäuden und Einrichtungen führen kann. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwar der Sektor „Energie“ im sogenannten Kritis-Dach-Gesetz (nachfolgend Kritis-DG) aufgenommen wurde, die Grenze bis zum Erfordernis von Maßnahmen nach dem Gesetz nicht erreicht wird. Der Schwellenwert liegt hier bei 500.000 zu versorgenden Einwohnerinnen und Einwohnern.

Schulen, Kindergärten und Horte gelten nach den aktuellen bundesrechtlichen Regelungen nicht als eigenständige geregelte Objekte der kritischen Infrastruktur im Sinne des Kritis-DG. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Einrichtungen nicht als relevant für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft angesehen werden. Der Bundes-Gesetzgeber hat diese im § 6 benannt unter „Einrichtungen von erheblicher Bedeutung [...], für die dieses Gesetz [Anm.: das Kritis-DG] nicht gilt. Hierzu zählen notwendige Betreuungsangebote, die für die Erhaltung der personellen Arbeitsfähigkeit in kritischen Anlagen erforderlich sind.“ Die Regelungen hierfür sind gemäß dem Bund durch die Länder im Zuge der eigenen Zuständigkeiten für Bildung und Betreuung zu treffen – siehe Begründung zum Gesetz: „Die Länder sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit dafür verantwortlich, geeignete Regelungen zu schaffen, die die ungestörte Aufrechterhaltung des Angebots dieser systemrelevanten Einrichtungen ermöglichen.“

In Bezug auf den in der Fragestellung konkret genannten Fernwärmeausfall, von dem auch Schulen betroffen waren, ist eine umgehende Information an die betroffenen Schulen oder auch andere Einrichtungen wichtig, um die Schul- oder Kita-Leitungen/Träger in die Lage zu versetzen, über Betreuung, Unterrichtsfortführung u.a. zu entscheiden. Die Kommunikationsabläufe zwischen der Stadtwerke Greifswald GmbH, der Verwaltung und den Kitas/Schulen werden in dieser Hinsicht stetig optimiert.

Das Amt für Bürgerservice und Brandschutz bietet an, im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung am 25. März 2026 in den Räumen der Feuerwehr Greifswald vertiefend über Entscheidungsprozesse sowie über die praktische Umsetzung einer Wärmeinsel beziehungsweise Notunterkunft zu informieren.

